

Europa-Zeitung

Haarlesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Europa-Zeitung“ erscheint an jedem Montag ausserhalb. Der monatliche Abonnementspreis (einschl. Porto) beträgt 1,20 Reichsmark. Einzelhefte kosten 10 Pfennige. Der Preis für den Auslandsendverkauf beträgt 1,50 Reichsmark. Die Preisliste und die Anzeigenbedingungen sind bei jeder Ausgabe beiliegend. Die Preisliste und die Anzeigenbedingungen sind bei jeder Ausgabe beiliegend.

Der Preis für den Auslandsendverkauf beträgt 1,50 Reichsmark. Einzelhefte kosten 10 Pfennige. Der Preis für den Auslandsendverkauf beträgt 1,50 Reichsmark. Einzelhefte kosten 10 Pfennige.

Neues in Kürze.

Preussische Eisenbahn- und Kabelleistungen.
Der Generaldirektor der Hohenzollern, von Berg, hat, wie die Minister berichten, an die preussische Staatsregierung ein Schreiben gerichtet, in dem er sich bereit erklärt, die Vergleichsverhandlungen auf der Grundlage des Vertrages vom 12. Oktober 1925 möglichst bald wieder aufzunehmen. — Darunter ist zu schließen, daß das Hohenzollernhaus zu einem weiteren Verzicht bereit ist.

Ein Berliner linksdemokratisches Blatt hat berechnet, daß die Reichstagsferien (bis 2. November, also 4 Monate gleich ein Drittel Jahr) der Reichsstaatskasse und den Steuerzahlern 1164 000 Mark kosten, da die Diäten der Abgeordneten auf die Ferienzeit weiterbezahlt werden. Für den gleichfalls nur seinen Ferien lebenden Preussischen Landtag beziffert die Berechnung die Verluste der Steuerzahler gar auf anderthalb Millionen Mark.

In Essen verstarb im Alter von 55 Jahren der frühere deutsche Volksherr in Washington (1922-1925) und Direktor der Krupp A.-G. Geheimrat Dr. Wilhelm Dr. Reichspräsident und der Reichswirtschaftsminister Jandien der Witwe Elisabeth Dr. Reichspräsident.

Der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Siegel gab zu Ehren des kürzlich verstorbenen Landwirtschaftsministers Sachs den, der sich seit dem 1. Oktober einen Monat in Italien befindet, einen Briefwechsel, ein Briefwechsel, an dem der preussische Ministerpräsident Braun teilnahm.

In Königsberg ist der Reichsstaatsbankrott zu Ende. Der Reichsstaatsbankrott zu Ende. Der Reichsstaatsbankrott zu Ende.

Die Eisenbahnorganisationen haben die Wiederannahme ihrer Verhandlungen mit der Generaldirektion der Reichsbahn in die Wege geleitet. Von dem neuen „Jahres-Generaldirektor“ Dorpmüller erwartet man ein verständnisvolles Eingehen auf die auch in der Öffentlichkeit als notwendig anerkannten Forderungen der Eisenbahner. Wie wir zuverlässig erfahren, sind am 1. Juli in eine neuen Entlassungen mehr im Reichsbahnbetrieb ausgesprochen worden.

Die polnische Regierung hat mitgeteilt, daß sie die Regelung der vom hiesigen Schiedsgericht ausgesprochenen Klagen über die Wertminderungen an den Eisenbahnen und die Schadenersatzpflicht an den Deutschen der gemischten Kommission in Paris überlassen hat.

Das in Zürich gegründete „Internationale Komitee gegen den Terror“ (Korrespondent Henry Barbusse) erhält einen Anlauf an die Kulturämter für Befreiung der in Polen eingekerkerten 6000 Gefangenen. Innerhalb weniger Monate seien 1370 Intellektuelle wegen politischer Vergehen zu insgesamt 2392 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden.

Die Verhandlungen zwischen dem Reich und der Tschechoslowakei über die Freigabe von Eisen und Stahl sind durch die französische Regierung gestoppt worden. Die tschechischen Forderungen sind keine die gleichen wie vor einem Jahr. Die Kaufung von Eisen im Verfall der Vertrag vorgelegten Schiedsgericht ist schiefen nach der politischen Sommerpause zu erwarten.

In Gernersheim (Pfalz) wurde ein von 80 Kriegsverwundeten bestehender Beistritterverband durch beauftragt, daß die französischen Besatzungstruppen die Totengedenksteine und Kranzüberlieferung am Gefallenendenkmal durch Besperren des Zugangs, Sperrtoren und sonstige Bemerkungen sowie durch Mitharfen im Zuge mit kleinen französischen Fahnen versehen. Auf Beschwerde des Bürgermeisters sagte der Befehlshaber dem Befehlshaber der Gier zu.

Gestern ist der offizielle Antrag Spaniens an das Völkerbundsekretariat abgegeben, den Antrag auf Zuteilung eines Bündnis-Ratssitzes an Spanien gleichzeitig mit der Zuteilung eines Bündnis-Ratssitzes an Deutschland auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu legen.

Der Südflügel des Mittellandkanals soll gebaut werden.

Forderungen des Preussischen Landtages.

Im Preussischen Landtag wurden gestern noch längerer Debatte die Vorlagen endgültig verabschiedet, die den staatlichen Bergwertbesitz an die Preussische Bergwerks- und Hütten-K.G. (Preussag) übergeben und 30 Millionen für den neuzeitlichen Ausbau der staatlichen Bergwerke aus dem großen Kopf der schon vor längerer Zeit bewilligten 150-Millionen-Anleihe bereitstellen. Dabei wurde betont, daß bei der Übertragung an die Preussag der Staat nach wie vor unumschränkter Herr und Eigentümer seiner Bergwerke bleibe.

Eine längere Aussprache entwickelte sich bei der Beratung jenes Gesetzentwurfs, der weitere rund 32,8 Millionen für die Vollendung des Mittellandkanals bereitstellen will. Das Haus stimmte auch dieser Vorlage endgültig zu, verlangte jedoch, daß das Reich, in dessen Reperat auf Verbesserung der Wasserstraßenverwaltung die Leistung auch dieses Anlaufes fällt, das preussische Interesse an einer schnellen Fertigstellung dieses Wasserweges, der die Hälfte mit der westlichen Schifffahrt verbindet, nicht zu Gunsten anderer Aufgaben vernachlässigt. Neben der Fortsetzung der Arbeiten an dem Hauptflügel des Mittellandkanals sollen auch die an dem sog. Südflügel unvollständig in Angriff genommen werden. Dem der Regierung einen besonderen Anlaufplan in der Richtung für diesen Südflügel den Anlauf zu geben. Die Regierung hat sich zu einem offiziellen Eingehen an die Reichsregierung die Reichsbahnverwaltung gegen das Kanalprojekt aufgetrieben ist, wobei sie sich auf ihre besonderen Reparationskosten berief.

Bei der hierauf mit der Aussprache zum Hauptteil des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten fortgeführten dritten Sitzung des Staats stimmte Ministerpräsident Braun dem Standpunkt des Abg. v. Campe (DDB.) zu, daß

die Jürkenanleihe mit aller Befestigung so geregelt werde, wie sie im Interesse des Staates liegt. Das Staatsministerium werde sich demnach mit der durch die Ablehnung des Gesetzes über die Jürkenanleihe im Reichstag geschlossenen Lage befassen. Zu dem konkreten deutsch-völkerverständlichen Antrag, daß Preußen nunmehr die Initiative in der Auseinandersetzung mit den Hohenzollern ergreifen müsse, äußerte sich Braun noch nicht. Nach der Stimmung im Hause zu urteilen, wird dieser Antrag der Ausfuhrberatung überwiesen werden. Die Sozialdemokraten sind gegen eine Regelung zwischen Preußen und Hohenzollern und belegen auf reichsgerichtlicher Regelung.

Der kommunistische Abg. Sartorius sprach der Regierung in einer formvollständigen Erklärung das schärfste Mißtrauen aus. Die Sozialdemokraten seien bereit, mit der Volkspartei in der Jürkenanleihe zu unterstützen.

Ebenso sprach der Vertreter der Deutschnationalen dem Ministerpräsidenten das Mißtrauen seiner Partei aus, wenn dieser dargelegte Vorwürfe, daß er sich mit der Staatsregierung in der Jürkenanleihe verhandelt, nicht auf einer Tagung von Vertretern der Parteiführung wie auf einer Tagung der Parteiführung seine Anklagen darlegen, sofern eine sachliche Erörterung geduldet werde.

des Dr. Katz, das Zentrum, jedoch ihre Einigung verweigert hat.

Damit ist jede Hoffnung auf ein energieloses Verfehlen der besten Interessen bei den Genfer Verhandlungen begraben, sofern der hohe Reichstag nicht seine Amtsmöglichkeit und Ferienruhe überwindet und freiwillig zusammentritt, ehe die Regierung über einen und des besten Volkes Kopf weg die Genfer Entscheidungen trifft.

Man mag sich wirklich wundern, was die Genfer Parlamentarier sich eigentlich denken, wenn sie sich in einer so unerwartet entscheidungs- und verantwortungsvollen Zeit für 4 Monate selbst ausschalten, um Ferien zu machen. Jene, ein kleiner oder gar verarmter Kapitalist eines Privatunternehmens sollte in solcher Zeit einmal Befähigung machen: er stöße heraus aus dem Unternehmen für immer; — und mit vollem Recht!

Der Weizenstand in Frankreich.

Die Ohnmacht des Parlamentarismus.

Von unserem Pariser Korrespondenten.

Seit den letzten Wochen hat in Frankreich eine immer rascher zunehmende Lauerung der Lebensmittelpreise, deren Ausmaß weit über die Reichweite der festgesetzten Höchstpreise hinausgeht, die Folge einer ungeheuren Spekulation in Weizen, Zucker und anderen Nahrungsmitteln, die strupplos von einem haufen Börsenjäger durcheinander wird und ungeheure Gewinne abwirft. Der Brotpreis schnell um Wochens um Woche hinauf und dies deshalb, weil fast in Dollar und englischen Pfund in Frankreich ein Weizenmarkt existiert, der sich in der Lage befindet, die Weizenpreise zu manipulieren.

Der Ausgangepunkt ist ausnahmslos Weizen, der in beträchtlicher Menge in Frankreich nur in geringer Menge einfließt, wird, ungefähr ein Fünftel des Jahresumsatzes über 75 Millionen Doppelzentner. Bereits im vergangenen Jahre hat die Spekulation Weizenmengen fünf, je nachdem vermindert und verdoppelt, ohne daß er überhaupt schon in einem französischen Hafen gelandet war. Schon die erste Regierung Herriot war gezwungen, sich über die Weizenpreise zu beschaffen, und immer war das erste Signal für die Weizenhöher. Das Telefon begann wie wild zu arbeiten und die ganze Horde der struppeligen Spekulanten war in Alarmbereitschaft. „Kaufen“ hieß das Losungswort, damit die Regierung sich zu übernehmen, durch die die Lage erleichtert werden konnte.

Man kaufte daher, alle Welt kaufte Weizen: Jäger, Händler, Gastwirte, Frauen, Arbeiter, die alle nur die Groszmänner für die eigentlichen Drahtzieher waren und den Weizen möglichst vieler Kontrakte ermöglichen sollten. Es werden haarfürbende Einzelheiten berichtet. Personen, die nicht einmal ein Vermögen von 500 000 Franken hatten, wurden Kontrakte bis zu mehreren Millionen eingekauft. Diefelbe Weizenabgabe wechselte in kürzester Frist unglückliche Male den Eigentümer, man verkaufte, um zurückzukaufen, und jedesmal den Preis höher hinaufzutreiben, und alle diese Geschäfte bezogen sich nur auf eine verhältnismäßig kleine Menge Weizen, der irgendwo auf dem Meer schwamm.

Das Ziel war, den inländischen Weizen ebenfalls hinaufzutreiben, und das gelang sehr bald. Ein Trutz von Soldaten vertrieben sich über ganz Frankreich, und trotz Kammerinterpellationen und angebotener Regierungsmassnahmen werden Millionen eingekauft an den Getreidebehörden gemacht. Die Opfer sind die Gutgläubigen und auch die kleinen Wiederverkäufer, die ohne den eigentlichen Zusammenhang zu sehen, dem dem großen Geschäft teilnehmen wollten und plötzlich ein Ende mit Schreden erleben.

Die großen Spieler ließen die Mäuler und alle, die sie bereinzugreifen mußten, Kontrakte mit entblößen Kaufleuten, womöglich in englischer Sprache, unterzeichnen, in denen ausgemacht war, daß alle Streitigkeiten in London entschieden werden sollten. Kann es dann aus Zusammenhang, so wurde der Käufer terrorisiert. Man stellte ihm einen vollständigen Prozeß in England in Aussicht, seine Identifizierung des englischen Rechts, man behauptete plötzlich, ausländischer Staatsangehöriger zu sein, und man trieb die Klagen

Italienisch-russische Pläne.

Der diplomatische Vertreter des Londoner „Daily Telegraph“ berichtet, daß die Absicht zu, mit der Sowjetregierung wichtige und umfassende Vereinbarungen abzuschließen. Sie würden in erster Linie wirtschaftlichen Charakter haben, doch sei es möglich,

daß ein Handelsvertrag, Abkommens- und ein eingetragener Neutralitätsvertrag die wirtschaftlichen Beziehungen ergäben werden.

Wie die Agenzia di Roma mitteilt, beschäftigt sich ein größeres italienisches Konsortium mit dem Plan, Kohlen, Kupfer und Getreide aus Russland einzuführen. Von der russischen Regierung seien Konzessionen erlangt, auf Grund denen mit italienischen Arbeitskräften und amerikanischem Kapital russische Bergwerke ausgebaut werden sollen. Als Gegenleistung für das aus Russland eingeführte Rohmaterial sollen Industrieprodukte ausgeführt werden.

Entstehung einer kommunikativen Organisation in Italien.

Die italienische Polizei entdeckte in Rom und Mittelitalien eine umfangreiche kommunikativen Propagandaorganisation. Hauptstützen bei dem Abgeordneten Malinelli und an anderen Stellen förderten geistreiches Propagandamaterial zutage und ermöglichten die Feststellung, daß die kommunistische Partei monatlich allein in Mittelitalien 40 bis 50 Millionen Lire ausgab. Auf Grund der angelegten Untersuchung wurde die Person des Seides festgehalten. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Der Lohnkampf im englischen Bergbau.

Die Grubenbesitzer von Northshire, Speltand, Joresf, Of Dean, Bristol und South Staffordshire gaben durch Anschlag bekannt, daß sie für den Achtstundentag dieselben Löhne anbieten wie vor dem Streik. In Northshire garantieren die Grubenbesitzer einen kleinen Zuschlag für neun Monate. Die Grubenbesitzer von Southshire bieten dieselben Löhne wie vor dem Streik an, ausgenommen die vierprozentige Zulage, die den Arbeitgebern gewährt worden war, als der Eisenhüttenbetrieb angenommen wurde. Etwa 20 kleine Bergwerke im südlichen Stafford haben die Arbeit teilweise wieder aufgenommen.

Das englische Unterhaus beschloß in der gestrigen Abstimmung mit 181 gegen 64 Stimmen die Verlängerung der Arbeitslosenversicherungen der Regierung hat im Unterhaus einen Ergänzungsetz von 3 Millionen Pfund (60 Millionen Mark) zum Ankauf ausländischer Rohstoffe beantragt.

Die Mitgliedszahl der englischen Gewerkschaften.

Nach einem Bericht der englischen Gewerkschaftskommission beträgt die Anzahl der Mitglieder der 116 abgeschlossenen Gewerkschaften am 31. März d. S. 735 000, das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung um 9400 Mitglieder. Die Anzahl der Mitglieder ist damit von 1 1/2 Millionen im Jahre 1921 auf den Vorkriegsstand zurückgegangen. — Der Rückgang ist vor allem darauf zurückzuführen, daß in ihrer Mehrzahl sehr tüchtig und für unsere Begriffe bisher geradezu konservativ denkenden englischen Arbeiter die zunehmende Robotisierung und Semioptisierung der Gewerkschaften ablehnen.

Wo bleiben die Rückwirkungen?

Im Preussischen Landtag ist folgende deutsche nationale Anfrage eingegangen:

„Ich des Staatsministeriums nunmehr in der Lage, Auskunft zu geben über die Fortschritte und Aussehen der sogenannten Rückwirkungen von Doornum im besetzten Gebiet und im Grenzgebiet, insbesondere bezüglich der Güter der Besatzung im besetzten Gebiet und ihres entgeltlichen Wiedereinsatzes aus dem Grenzgebiet, sowie bezüglich einer früheren Klärung der zweiten und dritten Zone und der Vorkriegslegung der Klärung im Grenzgebiet?“

Die Anfrage ist an so berechtigter, als notwendig ist die Verhandlungen über Deutschland Eintritt in den Vorkriegsstand — durch den die Doornumverträge erst voll in Kraft treten — in eine Zeit fallen, in der der Reichstag und Preussische Landtag in „Ferien“ sind.

Offenbar soll die ungewöhnlich lange Feriendauer dem Zweck dienen, der Reichsregierung die Entscheidung über diesen weittragenden Schritt unter Vorbehalt der Entscheidung des Reichstages zu lassen. Und was das bedeutet, kann man sich in etwa sagen, wenn man bedenkt, daß Dr. Katz seit dem englischen Dr. Butler jetzt Reichstagspräsident ist und daß die Partei

